

Protest gegen geplante Kürzungen

Stadtverordnete des Viererbündnisses nehmen 13.014 Unterschriften gegen schrumpfenden Sozialetat entgegen

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Die Initiative „Finger weg vom Sozialetat“ hat 13.014 Unterschriften gegen Kürzungen im Wiesbadener Sozialhaushalt gesammelt. Sie wurden jetzt vor dem Rathaus an Vertreter des Viererbündnisses aus Grünen, SPD, Linken und Volt überreicht, das in Wiesbaden die Mehrheit hat und in der Verantwortung steht. Eingeladen waren auch CDU und FDP. Die CDU war der Einladung gefolgt.

Gegen das Gießkannenprinzip

Wie berichtet protestieren seit Wochen und Monaten viele Initiativen gegen die Kürzung von Zuschüssen. Der Sozialetat, so eine ihrer Forderungen, dürfe nicht mit den anderen Haushaltsposten in einen Topf geworfen werden, weil im Sozialen 80 Prozent der Ausgaben gar nicht kommunal bestimmt werden können, sondern vom Bund gesetzlich vorgegeben sind. Ein „Gießkannenprinzip“ bei Kürzungen ergebe keinen Sinn. Der soziale Zusammenhalt in Wiesbaden sei in Gefahr, wenn Angebote für Familien wegfielen, Jugendliche weniger Treffpunkte hätten, wenn Beschäftigte sich andere Stellen suchten, weil unklar ist, ob ihr Arbeitgeber sie weiterhin halten kann, wenn alte Menschen keine offenen Angebote mehr wahrnehmen könnten und politische Bil-



Mehr als 70 soziale Initiativen haben Unterschriften gegen die geplanten Kürzungen im Sozialetat gesammelt.

Foto: Sascha Kopp

dung unter die Räder komme.

Nicole Nestler von der evangelischen Kirche, Initiatorin der Unterschriftensammlung, warnte nicht nur vor den konkreten Folgen im Alltag der Menschen, sondern auch vor Auswirkungen auf die Demokratie. Sozialkürzungen würden „den falschen Kräften in die Hände spielen“, so Nestler. Wenn es keine „Dynamisierung“ der Zuschüsse gebe, warnen Freie Träger, dann bestehe die Gefahr, dass Fachpersonal, das ohnehin schon knapp sei, entweder von sich aus kündige oder Stellen ab-

gebaut werden müssten. Die Stadtverordneten hören die Botschaft wohl, betonen, dass sie alles tun wollen, um unnötige Einschnitte zu vermeiden. „Wir können nicht versprechen, dass es keine Kürzungen gibt“, sagte SPD-Fraktionschef Silas Gottwald vor dem Rathaus. „Aber wir übernehmen Verantwortung. Bleibt laut, bleibt stark“, rief er den Protestierenden zu. Ingo von Seemen von der Linken machte Bund und Land für die schwierige Lage verantwortlich. „Ich bin sehr froh, dass wir vier hier in

Wiesbaden verhandeln.“ Für die Grünen berichtete Felix Kisseler von einem Haushaltsmarathon. Die Kommunalpolitiker hätten gerade eine Sieben-Tage-Woche. „Wir machen uns das nicht leicht.“ Und für Volt sagte Fraktionsgeschäftsführer Sascha Kolhey: „Wir versuchen, aus dem Schlechten das Beste zu machen.“ Für die oppositionelle CDU waren Daniel Butschan als Fraktionsgeschäftsführer und Manuel Köhler, finanzpolitischer Sprecher, vors Rathaus gekommen.

Die Zeit drängt. Fest steht offenbar mittlerweile, dass man dem Vorschlag von Stadtkämmerer Hendrik Schmehl (SPD) folgt und statt eines Doppelhaushalts nur einen für 2024 geltenden Haushalt verhandeln und beschließen will. Man sei alle Posten schon einmal durchgegangen, heißt es aus Bündniskreisen, jetzt komme die zweite Runde. Ob der Zeitplan gehalten werden kann, der Mitte November einen dreitägigen Finanz-Marathon zum neuen Haushaltsplan vorsieht, steht wohl noch nicht fest.